1 D 20079 E

LSI Lebensschutz-Informationen



Monatsschrift zur Rettung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch + Tier + Pflanze + deren Umwelt

Herausgegeben vom

Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D

Bundesverband Deutschland e. V.

16. Jahrgang | Nr. 2 | Februar 1985

Wer davon lebt, einen Feind zu bekämpfen, hat ein Interesse daran, daß dieser am Leben bleibt.

Friedrich Nietzsche (1844-1900)

Konsequente ökologische Politik und Parteiendemokratie

Gibt es einen Widerspruch zwischen konsequenter ökologischer Politik und der demokratischen Parteiarbeit?

Auf der Bundesvorstandssitzung Mitte Januar d.J. wurden sehr eingehend Arbeitsweise und Erfahrungsaussichten von Umweltschutzverbänden, DIE GRÜNEN und der ÖDP behandelt. (ÖDP = Ökologisch Demokratische Partei)

Wir bringen im nachfolgenden den einleitenden Beitrag unserer Präsidentin und würden es sehr begrüßen, wenn diese Überlegungen aufgenommen, weitergedacht und Anlaß zu Leserzuschriften geben würden. Es erschien allen Beteiligten eine ähnliche Wende sich anzuzeigen wie 1977/78, als aus den verschiedenen Strömungen der Ökologiebewegung die Partei „DIE GRÜNEN" gegründet wurde. Bei dem ersten Koordinierungstreffen in Darmstadt im Januar 1978, also genau vor 7 Jahren, wurde von UHW die Frage zur Diskussion gestellt, ob nicht zwei Parteien zu gründen seien, eine aus dem wertkonservativen Ansatz und eine aus dem marxistisch–sozialistischen Denken heraus. Wer diesen Beitrag nachlesen möchte, kann sich in der Bundesgeschäftsstelle die Fotokopie aus den LSI 1/78 gegen Unkostenbeitrag DM 1,50 in Briefmarken bestellen!

Nachdem wir konkrete Erfahrungen mit den „GRÜNEN" gemacht und erlitten haben, erscheint es berechtigt, neu nachzudenken über erfolgversprechende Wege, die alle dem einen Ziel dienen, eine natur- und menschengemäße zukünftige Politik einzuleiten. Im Nachfolgenden der Beitrag:

1. Zusammenarbeit unterschiedlicher Öko-Gruppen

Solange die Umweltschutzbewegung besteht, ist immer wieder betont worden, wie lebensentscheidend das gemeinsame Vorgehen aller und eine praktizierte Zusammenarbeit sei. Nur dann ließe sich überhaupt irgendetwas im gesellschaftlichen Raum bewegen.

Eine derartige Zusammenarbeit darf sich auch nicht nur innerhalb eines Staates abspielen. Die konsequenten Ökologen aller Länder müßten sich verbünden. Lebensschutzarbeit ist überhaupt nur weltweit zu begreifen. In der Praxis sah und sieht das vielfach so aus: Jede Gruppe – und oft auch einzelne Menschen – erklären: Selbstverständlich sind wir/ich für Zusammenarbeit, kommt, schließt euch uns/mir an!

Irgendwo ist das auch verständlich, denn der eigene Verein wurde ja gerade deswegen gegründet, weil man mit dem Bestehenden nicht ganz zufrieden war.

Soll nun konsequente ökologische Politik das Ziel sein, für das sich verschiedene Gruppen mit ihrem unterschiedlichen Herkommen öffentlich gemeinsam einsetzen wollen, dann wären wahrscheinlich ähnliche Grund-

Fortsetzung Seite 2

Mitgliederversammlung des WSL-D

Die Jahreshauptversammlung des WSL-D findet auf Beschluß der Bundesvorstandssitzung statt vom 15.–17. Juni 1985 im südlichen Rhein-Main-Dreieck. Ein preisgünstiger Tagungsort, der ca. 80-100 Personen aufnehmen kann, wird noch gesucht.

Da diesmal keine Wahlen stattfinden müssen, haben wir Zeit, um gründlich die weitere Arbeit des WSL zu erörtern. Zu folgenden Themen sind Beiträge beschlossen worden:

1. Ökologie und „religio" = Rückbezug zu ethischen und moralischen Normenwerten.
2. Ist der WSL noch zeitgemäß?
3. Zusammenarbeit WSL und Akademie für Umwelt und Lebensschutz und andere Gruppen.

Wir möchten schon jetzt alle Mitglieder bitten, sich diesen Termin freizuhalten, da es wünschenswert ist, wenn sich möglichst viele an den Überlegungen über unsere Weiterarbeit beteiligen, die wir nur gemeinsam gestalten und bewältigen können.

Wichtig! Es erfolgen keine Einzeleinladungen.

Mitgliederversammlung LV Niedersachsen
Samstag, den 23. März in Northeim (siehe Seite 8).

Mitgliederversammlung LV Hamburg
Donnerstag, den 28. März im Hamburg-Haus (Einzelheiten siehe Seite 9).

gedanken, wie wir sie in einem Seminar mit sehr unterschiedlichen Teilnehmern für die Zusammenarbeit unter einzelnen Persönlichkeiten für unabdingbar hielten, die Voraussetzung.

Eigentlich ist dazu sehr wenig notwendig, und in der Theorie stimmen die meisten Menschen sofort gerne zu. Schwieriger wird die tägliche Befolgung.

Die drei **Verbindlichkeiten der Zusammenarbeit** sind danach:

1. Keiner besitzt die absolute Wahrheit – jeder kann von jedem lernen. (Daraus ableiten zu wollen, es gäbe keine Lügen, ist natürlich Unsinn).
2. Die Anerkennung der unteilbaren Würde des Menschen. Sie gibt jedem das Recht, seine Ansicht frei öffentlich zu äußern und enthält die Verpflichtung, den Andersdenkenden auch ernst zu nehmen.
3. Die Menschheit stellt sich dar in
   - Einzelpersonen,
   - männlichen und weiblichen Denk- und Verhaltensweisen,
   - Völkern, deren Sprachen Weltanschauung darstellen.

Alle müssen gleichberechtigt anerkannt und gefördert werden. Aus einem solchen Grundkonsens können sich Menschen unterschiedlichster Denkungsart friedlich begegnen und oft sogar verständigen, die sich sonst ablehnen oder gar verteufeln würden.

2. Parteiendemokratie

Kehren wir zurück zur Frage einer konsequenten ökologischen Partei neben den GRÜNEN. Ich vermeide bewußt die Ausdrücke „links" und „rechts", warum, soll später noch gesagt werden.

Zunächst gehe ich davon aus, daß Demokratie, und damit meine ich die Mitverantwortung, Mitbeteiligung und Mitbestimmung aller mündigen Bürger oder Volksangehörigen an den ihr Leben betreffenden Entscheidungen, nicht identisch zu sein braucht mit der Form der repräsentativen Demokratie und ihrer Parteienherrschaft, die wir gegenwärtig haben.

Diese Gesellschaftsform wurde im Westen entwickelt und uns vom Westen aus übergestülpt. Schon der Begriff Partei als 'pars' = Teil (eines Ganzen) weist auf Abgrenzung hin. Durch jedes Parteiprogramm wird eine solche Abgrenzung verschärft und der Andersdenkende zur Gegenpartei und bei jeder Wahl zum Gegner, gegen den man antritt. Ist hier nicht das Freund-Feind-Denken geradezu institutionalisiert und zwar in die Grundkonzeption der repräsentativen Demokratie bereits einverwoben, sehr fein und geschickt, so daß man Mühe hat, den Fehler zu erkennen?

Im Parlament sitzen sich dann „Fraktionen" gegenüber, „Brüche" oder „Bruchstücke", die in der Vorstellung leben, die ganze Wahrheit zu besitzen, die ganze Wahrheit von einem Ganzen, das längst zerschlagen wurde. Konsequente Ökologen wollen aber gerade das Ganzheitliche, eben Ökologie, einen Erd-, Natur- oder Gottgebenen Maßstab, der für ihr irdisches Tun verbindlich ist. Sie wollen genau nicht den Partikularismus, und sie wollen schon gar nicht den eigenen Unfehlbarkeitsanspruch erheben, da die Ökologie doch lehrt, wie eines sich in das andere verwebt und jedes aus einem anderen Blickwinkel anders zu erklären ist. Auch die Kurzfristigkeit demokratischer Mandatserteilung wirkt sich antiökologisch aus.

Für konsequente Ökologen gilt also einerseits die Ganzheit mit ihren für alle verbindlichen Gesetzmäßigkeiten – ob die Menschen das nun wahrhaben wollen oder nicht – und andererseits die wirkliche Geistesfreiheit, die uns erst die Voraussetzung schafft, daß technische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen rechtzeitig verhindert oder in der Produktion gestoppt werden.

Hierbei gilt tatsächlich die Forderung: „Alles oder nichts!" Das liegt im Wesen der Sache begründet. „DIE GRÜNEN" haben das auch irgendwie verstanden oder zumindest gefühlt. Deswegen betrachten sie sich als „Gegenpartei", deswegen die langen Diskussionen, ob man bei 6 oder 7 Prozent der Stimmen bereits ins Parlament einziehen solle oder nicht. Aber sie sind eben auch die Grünen und waren nicht bereit, zuerst zuende zu denken. Dafür wurde gehandelt und in drei Jahren eine Bundespartei aufgebaut. Vielleicht war dieser Weg oder Umweg notwendig für uns alle, um die Dinge besser durchschauen zu lernen und den heute so wichtigen Beweis für die Richtigkeit der eigenen Überlegungen zu erhalten. Obwohl gerade der Glaube an den aus der Naturwissenschaft übernommenen Beweis und das Mißtrauen in das eigene Denken unser Verhaftetsein im Materialismus deutlich machen, den zu überwinden wir andererseits für notwendig erachten.

3. Links – rechts

Nun noch einmal zum „links-rechts" Schema. Es steht dies im völligen Widerspruch zu den drei Verbindlichkeiten der Zusammenarbeit. Die Kennzeichnung: der ist links – oder rechts sagt fast nie etwas Konkretes über den geistigen Standort des derartig Gekennzeichneten aus, sondern viel eher etwas über denjenigen, der diese Zuordnung vornimmt. Es handelt sich um eine rein subjektive oder egozentrische Orientierung, da sie immer nur vom eigenen Ich aus gesehen gilt. Der sich kosmisch orientierende Chinese sagt zum Beispiel zum Verkehrsteilnehmer: „Weichen Sie bitte etwas nach Osten aus." (Wir Deutsche sind nie so ganz sicher, wo das genau ist!)

Weil ich in meinem satten Wohlstand nicht gestört sein will, deshalb betrachte ich einen Entwicklungshelfer, der gegen den Hunger in der Dritten Welt sich einsetzt, als „links", und wenn ich keine Gliederungen und unterschiedliche Befähigungen der Menschen anerkennen will, denjenigen, der gegen den Klassenkampf ist, für „rechts".

Herbert Gruhl sagte in Offenbach 1979 zu Beginn der Grünen Partei: „Wir stehen weder links noch rechts, wir gehen weit vorn". Genau das ist es. Aber damit ist eine „rechte" Partei schwer vereinbar. (Eine „linke" auch nicht!)

Aus dem Inhalt — **Seite**

Aus dem Inhalt	Seite
Konsequente ökologische Politik	1
Die Wandlungen des WSL	3
Ein neues Pflanzenschutzgesetz	4
Katalysator und Baur-System	6
Stern-Bericht	7
Landesverband Niedersachsen	8
WSL Hamburg	9
Einige Gebiete der Tschechoslowakei sind bereits unbewohnbar	10
Pershing II	11
Neue Seminare im COLLEGIUM HUMANUM	11

Die Zweiteilung aller Menschen in „Linke" und „Rechte" ist *die raffinierte Erfindung zum Zwecke unserer Vergewaltigung* und Beherrschung. Sie funktioniert nur, wenn wir mitmachen und uns selber links oder rechts einordnen. Wir sollten es den Zerstörungskräften dieser Erde nicht länger so leicht machen wie bisher und „links und rechts" in Zukunft den Strickerinnen überlassen.

4. Alle Macht geht vom Volke aus

Damit bliebe noch abschließend die entscheidende Frage zu stellen, wie dies oben erwähnte „alles" ohne Partei eigentlich zu erreichen sein soll? Das frage ich mich auch. Hier könnte wirkliche Zusammenarbeit beginnen.

Nach dem Grundgesetz, das solange gilt, bis das deutsche Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschlossen hat (Art. 146 GG), geht alle Macht vom Volke aus, und gestalten die Parteien das politische Leben mit.

Immer da, wo wir nicht „Partei" sind, sind wir doch wohl „Volk". Als Volk können wir uns gegenwärtig nur durch *Nichtwählen von Teilen (=Parteien) zur Geltung bringen.* Bei der Europa-Wahl lag die „Partei" der Nichtwähler mit 43,2% weit vorn. Es folgte mit großem Abstand die CD/CSU mit 26%. Auch die Nichtwähler können Anspruch auf Vertretung haben, wenn sie bewußt Politik eben nicht als Parteienpolitik, sondern als vom Volk zu gestalten verstehen. Dies Zur-Geltung-Bringen des Volkes bedarf allerdings einer gewissen Organisation, die nicht zwangsläufig identisch mit Partei ist.

Es ist bereits oft vom Wahlboykott gesprochen worden. Unter den bisherigen Bedingungen stärkte *er* immer die falsche Partei, aber nicht die Seite des Volkes. Vielleicht könnten wir die Bedingungen ändern?

Vor allem sollten wir uns nicht in die Ecke der Verteidigung drängen oder gar Grundgesetzwidrigkeit vorwerfen lassen.

Schaffen wir klare Verhältnisse, indem wir von den Parteien eine eindeutige Antwort mit 'ja' oder 'nein' zu folgenden drei Fragen verlangen:

1. Treten Sie uneingeschränkt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein? Erkennen Sie als oberstes Souverän das Volk an, das sich unmittelbar vertreten kann?
2. *Sind Sie für Art. 3 und Art. 4 unseres Grundgesetzes* – die Fundamente der Demokratie, die es unter allen Umständen zu wahren gilt?
3. Sind Sie bereit, das bisherige Wirtschaftskonzept von Kapitalismus oder Kommunismus oder einer Mischung aus beiden, welches die Ursache der Naturkatastrophe ist, abzulösen, um gemäß dem Amtseid *Schaden vom deutschen Volk abzuwenden* (Art. 56)?

Prüfen wir als Volk, ob unsere Parteien auf dem Boden des Grundgesetzes sich befinden!

Prüfen wir vor allen Dingen, ob eine ganzheitliche, sachgemäße Politik durch Parteien und Fraktionen verwirklicht werden kann, die weniger dem Willen des Volkes entsprechen als vielmehr diesem ihre Vorstellungen aufzuzwingen suchen.

UHW

Die Wandlung des WSL

Während der Bundesvorstandssitzung vom 18.-20.1.1985 stellte die Präsidentin des WSL-D an die Anwesenden die Frage, wie sie sich die zukünftige Arbeit des WSL vorstellten. Die härteste Aussage – die ich in ähnlicher Form schon an anderen Orten und von anderen WSL-Mitgliedern gehört hatte – war für mich:

> „Der WSL hat seine wichtige Aufgabe erfüllt. Was er zu sagen hatte, ist in das Bewußtsein der Menschen eingedrungen. Er könnte sich jetzt auflösen. Die Streitereien der letzten Jahre sind typische Fäulniserscheinungen".

Als ich meine Gedanken dazu äußerte, wurde ich von einigen Anwesenden gebeten, sie in den LSI zu veröffentlichen. Hier sind sie:

Der Weltbund zum Schutze des Lebens muß sich nicht auszeichnen durch eine hohe Mitgliederzahl und Sektionen in allen Ländern der Erde, sondern entscheidend ist die Erkenntnis der Mitglieder, daß Lebensschutz eine weltweite Aufgabe ist, die weltweites Denken und ein Handeln aus diesem Denken voraussetzt.

Wie sieht unter diesem Gesichtspunkt die zukünftige Arbeit des WSL aus? Wie lassen sich die Schwierigkeiten, die nicht nur die Vorstände und Mitglieder des WSL bis ins Mark erschüttert haben, überwinden?

Seit Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden haben wir gelernt zu streiten, zu kämpfen. Vereine und Bünde brauchten Feindbilder, um zusammenzustehen. Das hat unsere innere Struktur geprägt. Das hat seine Auswirkungen in dem erschreckenden Atomwaffenpotential und der Umweltzerstörung, die heute unser aller Leben bedrohen. Machen wir uns bewußt: Was wir im Äußeren wahrnehmen, ist im Inneren entstanden.

Wollen wir also das Äußere änderen, so muß die Änderung zuvor in unserem Inneren beginnen. Wollen wir Frieden im Äußeren, müssen wir ihn zunächst im Inneren verwirklichen. Ehe Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, müssen wir zunächst die Feindbilder in uns zu Freundbildern umwandeln. In unseren Worten können wir z.B. „kämpfen" und „streiten" durch „verstehen", „klären", „wirken" ersetzen. Wir lassen unsere Argumente nicht mehr „stechen" und „stichhaltig", sondern „klar" und „einleuchtend" sein. Die Einstellung in Ehrfurcht vor dem Leben!

Diese Wandlung ist nicht WSL-typisch. Sie begegnet uns allerorten. Die Leiden, die wir im WSL erlebt haben und noch erleben, können diese Wandlung beschleunigen.

Je mehr wir uns dieser Wandlung bewußt werden und bereit sind, das alte Kleid, die alten Strukturen abzulegen und uns dem Neuen zu öffnen – wie das Samenkorn, das abstirbt, um die neue vielfache Frucht hervorzubringen – desto positiver und erfolgreicher wird unsere Wirkung und Ausstrahlung sein.

Vielleicht ändert sich dann der Name, in „Freunde der Erde" oder „Bund **für** das Leben" oder ähnlich. – Auch das klang an. – Oder bedarf es keines Namens mehr, wenn wir zum Wesentlichen durchgedrungen sind?

Wie sehen die Mitglieder, die nicht an dieser Bundesvorstandssitzung teilnahmen, die Zukunft des WSL?

Ich freue mich auf einen regen Gedankenaustausch in künftigen LSI.

Dietrich Piencka

Zuschüsse für Windenergie

Wichtig für unsere hessischen Leser! In Hessen gibt die Landesregierung für die Errichtung von Windenergieanlagen und Wasserkraftwerken im ländlichen Bereich einen Zuschuß in Höhe von 30% der Gestehungskosten, der nicht zurückgezahlt werden muß. Wenn sich Höfe, Gärtnereien etc. hierfür interessieren, bitte beim hess. Wirtschaftsministerium anfragen. Ebenso gibt **Hermann Brümmer in 3522 Karlshafen 2 – Helmarshausen** Auskunft. (Tel. 05672/820)

Ein neues Pflanzenschutzgesetz in der Diskussion

In der Umweltgefährdung spielt die Landwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Kein Winkel unserer Heimaterde bleibt verschont von dem Einsatz lebenstötender Agrarchemie.

Gegen die bäuerliche Überlieferung wurde diese Situation durch eine verfehlte Agrarpolitik künstlich herbeigeführt, mit Hilfe einer Wissenschaft, die sich nach den politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen ausschließlich von ökonomischen Gesichtspunkten leiten ließ und ihrer Pflicht, rechtzeitig aus ökologischer Verantwortung zu warnen, nicht nachkam.

Bei der Produktion von Lebensmitteln wurde der Agrarchemie unbedenklich Priorität eingeräumt.

Der angerichtete Schaden für den Naturhaushalt und die Gefahren für die menschliche Gesundheit lassen sich jetzt nicht mehr vertuschen. Mit gesetzlichen Maßnahmen möchte man sich nun ein Alibi verschaffen, ohne allerdings eine völlige Kehrtwendung dabei ins Auge zu fassen – noch genießen die geschäftlichen Interessen der Chemie Vorrang.

Am 24. Oktober fand in Bonn ein Anhörungstermin zu dem vorliegenden Gesetzentwurf statt. Die vorgetragene Auffassung des Arbeitskreises naturgemäßer Landbau macht deutlich, daß noch wesentliche Fragen offen geblieben sind.

Die Diskussion darf noch nicht beendet sein. Sie sollte fortgeführt werden, wenn durch ein übergeordnetes Bodenschutzgesetz noch bessere Grundlagen der Beurteilung geschaffen sind.

Dr. Siefert: im Frühjahr 1984 wurden von der Stiftung ökologischer Landbau, Kaiserslautern, gemeinsam mit 5 Erzeugergemeinschaften – Arbeitsgemeinschaft für naturnahen Obst-, Gemüse- und Feldfruchtbau e.V., Biokreis Ostbayern e.V., Fördergemeinschaft organisch-biologischer Land- und Gartenbau e.V., Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise e.V., Verband für naturgemäßen Landbau e.V. – die Rahmenrichtlinien für die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten aus ökologischem Landbau in der Bundesrepublik herausgegeben. Unter 1.4 – Pflanzenschutz – wird ausgeführt:

Grundprinzip des Pflanzenschutzes im ökologischen Landbau ist die langfristig planende Vorbeugung und die Stärkung der bodeneigenen Abwehrkräfte im Rahmen des gesamten Anbausystems. Diesem Ziel dienen indirekt sämtliche Anbau- und Pflegemaßnahmen wie Fruchtfolge, Gründüngung, Pflanzenkombinationen usw., Saatzeitpunkt und -technik, Boden- und Bodenlebenpflege, Düngung und Standort sowie Sortenwahl. Darüber hinaus gilt das besondere Bemühen dem Aufbau und der bewußten Nutzung der Regulationskräfte weitgehend sich selbst regulierender Ökosysteme. Daher sind sinngemäß alle Eingriffe unzulässig, die eine tiefgreifende Schädigung oder die Vernichtung einzelner Tier- und Pflanzenarten zum Ziele haben.

Der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenbehandlungsmittel ist grundsätzlich untersagt.

Unter 1.5 heißt es ergänzend:

Jegliche Anwendung von Herbiziden, chemisch-synthetischen Wachstumsregulatoren und Welkemitteln ist verboten.

Bei der umweltpolitischen Bedeutung des anstehenden Themas muß jederzeit bedacht werden, daß es für jeden Landwirt und Gärtner eine in der Praxis bewährte Alternative gibt, die im vorliegenden Gesetz die Anwendung schärfster Maßstäbe rechtfertigt.

Zur Klarstellung der grundsätzlichen Position des Gesetzgebers, die auch den anerkannten Regeln des integrierten Pflanzenschutzes entspricht, wird folgende Präambel vorgeschlagen:

Ziel der Bodenproduktion ist, eine vollwertige natürliche Pflanzengesundheit zu erreichen. Die Pflanzen sollen in die Lage versetzt werden, aus einem arteigenen Abwehrmechanismus mit Schädlingen und Erkrankungen fertig zu werden. Pflanzen, die diese natürlichen Abwehrkräfte nicht besitzen, sind krank und auch für die menschliche Ernährung von geringerem Wert.

Diese Gesundheit erfordert einen humushaltigen Boden mit einem reichen Bodenleben, das einen ständigen Umsatz der lebenden organischen Substanz und eine dauerhafte Humusbildung gewährleistet.

Dem Boden dürfen keine Fremdstoffe zugeführt werden, die den Humusbildungsprozeß beeinträchtigen, schwer abbauen und in den biologischen Kreislauf eindringen.

Alle Maßnahmen der Fruchtfolge, der Düngung und Bearbeitung sind hierauf auszurichten.

Abwehr- und Schutzmaßnahmen, die dieses Gesetz regelt, sind nur als Hilfen in besonderen Notlagen anzusehen.

Zu § 6 – Allgemeines –.

Auf Wegrainen und Gräben dürfen Pflanzenschutzmittel nicht angewandt werden.

Zum Schutze des Trinkwassers sind grundsätzlich alle drei Zonen von Wassereinzugsgebieten vom Biozideinsatz auszuschließen.

Militärisch genutzte Flächen könnten dem Natur- und Artenschutz dienstbar gemacht werden. In Sonderfällen stehen dem Militär mechanische Mittel ausreichend zur Verfügung.

Zu § 10 – Persönliche Anforderungen –.

Hier ist zusätzlich das Inverkehrbringen von Pflanzenbehandlungsmitteln mit Biozidwirkung in Kleinpackungen zu untersagen, da bei dem großen Kreis der Klein- und Hausgärtner keine fachliche Voraussetzung für eine sachgerechte Anwendung gewährleistet werden kann.

Weitere Begründung:

Die biologische Wirtschaftsweise bietet im Bedarfsfall in ausreichendem Umfang alternative Hilfen an.

Die mechanische Unkrautbekämpfung mit der Hacke ist jedem Freizeitgärtner zuzumuten.

Biozide im Besitz breiter Bevölkerungsschichten bedeuten eine ständige Vergiftungsgefahr, besonders für Kinder und Heranwachsende, und belasten die kommunale Abfallentsorgung.

Bei dem zunehmenden Eingang der biologischen Wirtschaftsweise bei den Kleingärtnern und ihrer Sensibilisierung gegen Giftanwendung können sich nachbarschaftliche Auseinandersetzungen entwickeln, die das soziale Gemeinschaftsklima in Gartensiedlungen belasten.

Leichtsinn, Fahrlässigkeit und Dummheit, aber auch kriminelle Instinke wie Neid, Rachsucht und Mißgunst sind im nachbarschaftlichen Bereich nicht auszuschließen.

Vermeidbarem Rechtsstreit ist von Anfang an jede Grundlage zu entziehen.

Aber auch im erwerbsmäßigen Land- und Gartenbau besteht ein erhöhter Anspruch auf Schutz vor gewollten und ungewollten Übergriffen. Die zunehmende Ausbreitung des naturgemäßen Anbaus und die dem Verbraucher gegebene Zusicherung der Nichtanwendung chemischer Pflanzenschutzmittel kann in der Feldmark im Grenzbereich zwischen konventionellem und ökologischem Anbau zu nachbarschaftlichen Schwierigkeiten mit erheblichen Haftpflichtansprüchen führen. Sie sollten von Anfang an begrenzt werden. Ich verweise auf das neuerliche BGH-Urteil vom 2.7.84.

Die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln durch Flugzeuge sollte wegen unvermeidlicher Gefahr der Verwehung und der Aerosolbildung ausgeschlossen sein. Es gibt eine neuerliche Untersuchung aus England, wo festgestellt wird, daß mehr als 20%der Pflanzenschutzmittel in Aerosole übergehen. Deren schädliche Auswirkungen dürften bekannt sein, müßten aber, meine ich, wissenschaftlich noch weiter erforscht werden.

Die Ausbringung mit den üblichen Geräten sollte nur bei absoluter Windstille und in einem angemessenen Sicherheitsabstand zur Grenze erfolgen.

Bei auftretenden Schadwirkungen durch Herbizide muß der Anrainer als vermutlicher Verursacher seine Unschuld beweisen (Umkehrung der Beweislast). Auch dazu liegt neuerlich ein BGH-Urteil vor.

Welche Wirkstoffe eingesetzt worden sind, muß jederzeit nachweisbar sein, gegebenenfalls über einsehbare Kundenlisten bei Handel und Genossenschaften.

Zur Entlastung der kommunalen Entsorgung und zur Vorbeugung von Umweltkalamitäten ist von Handel und Genossenschaften ein Rücknahmedienst von Restmengen und leeren Kanistern ab Hof einzurichten.

Wer gegen „gute fachliche Praxis" verstößt, muß mit einem Bußgeld rechnen. Wer dabei fahrlässig oder gar absichtlich gegen § 6 Abs. 1 verstößt, muß mit einer empfindlichen Strafe rechnen. § 36 läßt eine eindeutige Strafandrohung vermissen. Bei Gerichten ist eine große Unsicherheit festzustellen, wie diesbezüglichen Straftaten begegnet werden soll. Hier könnte ich aus eigener Erfahrung weitere Ausführungen machen.

Zu § 11 – Zulassungsbedürftigkeit –.
Im Verkehr mit dem Ausland die gleichen Regeln anzuwenden, ist ein Gebot der Humanität. Die Ausfuhr von nicht zugelassenen Wirkstoffen dient in erster Linie industriemäßig betriebenen Groß- und Spezialfarmen, deren Exportprodukte auch auf deutschen Märkten anzutreffen sind mit zum Teil beträchtlicher Schadstoffbelastung. Wir haben die ethische Pflicht, durch eine ökologisch ausgerichtete Gesetzgebung auch für den Welthandel neue Maßstäbe zu schaffen.

Zu § 12 – Zulassungsantrag –.
Zusätzlich zu den in Abs. 3 genannten Anforderungen sollte der Antrag Angaben enthalten über spezifische Behandlungsmaßnahmen bei Gesundheitsschäden, über unvermeidbare produktionsbedingte Verunreinigungen und über Abfälle, die bei der Produktion anfallen, und deren schadlose Beseitigung.

Zu § 15 – Einzelheiten des Verfahrens –.
Da hier grundsätzliche Weichen gestellt werden können, muß der Gesetzgeber eindeutige Richtlinien für die Durchführung des Zulassungsverfahrens festlegen.

Die Zahl der zugelassenen Wirkstoffe ist herabzusetzen und zu begrenzen. Neuzulassungen sollten nur in Verbindung mit Rücknahmen erfolgen. Kumulations- und Summationswirkungen der einzelnen Wirkstoffe untereinander und in Verbindung mit Medikamenten und Genußmitteln führen zu einem unübersehbaren Gesundheitsrisiko. Sehr interessant sind medizinische Forschungsergebnisse in den USA. Die Untersuchung „Zivilisationskrankheiten durch Allergie gegen Nahrungsmittel und Umweltchemikalien" von Prof. Randolph wird im November 1984 in deutscher Sprache erscheinen.

Bei der Überprüfung sind Untersuchungen über die ökochemische Verträglichkeit der Wirkstoffe für die Bodenlebewelt (insbesondere Regenwürmer und Wurzelsymbionten) verpflichtend. Hiermit sollten Drittinstitute beauftragt werden. Ein ausreichender Zeitraum für Kontrolluntersuchungen ist vorherzusehen. Die Ergebnisse der Industrieforschung dürfen nicht die Grundlage einer Zulassung bilden.

Zu § 17.
Die Meldepflicht sollte sich auch auf den Export von Wirkstoffen erstrecken.

Zu § 18 – Kennzeichnung –.
Jedes Biozid ist grundsätzlich als Gift zu kennzeichnen. Viele Wirkstoffe wurden zugelassen, deren Gefahrenpotential erst später erkannt wurde. Wir wissen wenig über entstehende Abbaustufen und über additives und kumulatives Zusammenwirken verschiedener Wirkstoffe, auch im Zusammenhang mit Medikamenten und Genußmitteln. Hormonelle, nervliche und allergene Folgeschäden sind weitgehend unbekannt und können auch durch Tierversuche nicht abgeklärt werden.

Zu § 19 – Verbotene Angaben –.
Die mit der Anwendung von Bioziden verbundene Gefährdung des Naturhaushaltes, die Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und die Möglichkeiten des Mißbrauchs rechtfertigen ein allgemeines Werbeverbot.

Eine sachgerechte Aufklärung über den Einsatz der zugelassenen Mittel hat sich auf die zuständige Fach- und Betriebsberatung und auf die Verkaufs- und Betriebsorganisationen zu beschränken.

Zu § 29 – Biologische Bundesanstalt –.
Bei der Durchführung des Gesetzes fällt der BBA eine Schlüsselrolle zu. Das darf nicht dazu führen, daß die Erfüllung ihrer übrigen Aufgaben darunter leidet.

Besonders in der Gesundung und Gesunderhaltung der Ökosysteme, des Bodens und der Pflanzen sollte ein Hauptanliegen der BBA bestehen. Sie sollte in der Forschung dazu beitragen, den Einsatz von Chemikalien zu erübrigen, und sich verstärkt mit dem Anliegen des ökologischen Land- und Gartenbaues auseinandersetzen.

In den Sachverständigenausschuß sollte ein Vertreter der Ökochemie sowie ein Ökologe berufen werden, die auch im Öko-Landbau anerkannt sind.

Pflanzenbehandlungsmittel aus Naturstoffen, wie sie sich im ökologischen Landbau bewähren, sollten keiner Zulassungspflicht unterworfen werden, sondern man sollte sich hier eventuell mit einer Anzeigepflicht begnügen.

Im übrigen wird auf den Umweltbrief des BMI Nr. 29 vom 28.10.83, Abschlußbericht der Projektgruppe „Aktionsprogramm Ökologie", verwiesen.

Katalysator und Baur-System

Eine Vielzahl von Zuschriften erreichten uns zu den Berichten über das Baur-System und den Katalysator.

Auf diesem Wege möchten wir allen aktiven Teilnehmern an dieser Diskussion herzlich danken, auch denjenigen, die uns kritische Einwendungen schickten.

Nur wenn wir freimütig das Für und Wider einer neuen Erfindung erörtern – bevor sie allgemein eingeführt wird – kann das Beste herausgefunden werden und mögliche Begleitschäden vorherbedacht und ausgemerzt werden. Die Experten sollten dabie aber nicht vorschnell die ihnen unsinnig erscheinenden Begründungen von Laien abtun. Sicher werden von diesen manche unkorrekte oder nicht das ganze komplizierte technische Geschehen in einem Satz erfassende Ausdrücke gebraucht. Da lassen sich dann leicht Fehler nachweisen. Nur hätte der mehrwissende Experte doch auch die Möglichkeit – gerade auf grund seiner besseren Vorbildung im Fach – herauszufinden, was der Schreiber meinen könnte und nur nicht ganz exakt ausgedrückt hat. Es könnte immerhin sein, daß dem laienhaft Vorgetragenen ein beachtenswerter Gedanke zugrunde liegt.

Ich erinnere hier zur Verdeutlichung an den Streit über die Frage, ob künstliche und natürliche Radioaktivität gleich seien oder nicht. Da wurde von Expertenseite den Atomgegnern in den Bürgerinitiativen auch immer vorgeworfen, sie machten völlig unhaltbare unsinnige Behauptungen, denn es gäbe nachweisbar keinen Unterschied zwischen künstlicher und natürlicher Strahlung. Damals gelang es – allerdings nach langen mühsamen Denkbemühungen – deutlich zu machen, daß die Experten einen voreiligen Schluß aus der Behauptung der BIs gezogen hatten. Sie mußten einer Unterscheidung zustimmen, wenn es dabei um die Frage ging, ob nicht bei künstlich erzeugter Radioaktivität es sich nur um ca. 20% reine Strahlung handele und um ca. 80% an Partikel gebundene Radioaktivität, die als strahlende Teilchen auf dem Weg über die Nahrungskette in den Körper aufgenommen werden konnten, während bei natürlicher Strahlung es sich vornehmlich um reine Strahlung handelt; unter einem solchen Blickwinkel gibt es eben doch einen Unterschied. Es ist nicht die Aufgabe des Laien, solches herauszuarbeiten, sondern eigentlich wäre es die Aufgabe des Fachwissenschaftlers, zu untersuchen, ob eine kritische Äußerung nicht einen Wahrheitskern hat.

So sollte auch der Sternbericht, der uns von einigen Lesern empört zugeschickt wurde nicht gleich als Widerlegung der Erfahrung vieler Autofahrer mit Baur-System gewertet werden. Wer genau las, konnte feststellen, daß dort hinsichtlich Baur-System nur von einem einzigen Testwagen, einem Audi-80-Motor berichtet wird, die übrigen Angaben beziehen sich auf den Spin-Harmonizer und allenfalls auf eine Kombination beider. Ich fahre selber seit März 1984 also jetzt 11 Monate einen Fiat mit aufgesetzten Baur-Kondensatoren. Der Hinweis auf die mit Meßgeräten ausgerüstete Werkstatt in Möllenbeck, also in der Nähe von Vlotho, und die verschiedenen Behauptungen über Wirkung beziehungsweise wirkungslosigkeit des Baur-Systems veranlaßte mich, meinen Wagen nachmessen zu lassen. Das Ergebnis war: CO-Wert niedrig, aber der CH-Wert viel zu hoch. Damit war genau das, was durch den Einbau der Kondensatoren erreicht werden sollte, nicht eingetreten.

Für alle kurzschlüssigen und jeder Neuerung gegenüber ablehnend urteilende Menschen heißt nun die Schlußfolgerung, das System taugt nichts, es erbringt keine besseren Abgaswerte. Sicher sind viele Negativ-Urteile so zustandegekommen.

In der mit einem modernen Meßcomputer ausgerüsteten Werkstatt ging der Fachmann anders vor. Er begann die Ursache zu suchen, mit Hilfe des Meßcomputers verhältnismäßig einfach. Es wurden zunächst alle am Zündvorgang beteiligten Faktoren geprüft: Kerzen, Baur-Kondensatoren, Kabel usw. Alles in Ordnung, doch die schlechten Werte blieben. Bei der Überprüfung der Zylinder zeigte das Meßgerät an, daß zwei Zylinder eine wesentlich schlechtere Verbrennung hatten als die beiden anderen und als richtig ist. So kamen wir langsam zu zwei möglichen Ursachen; entweder funktioniert die Ölabstreifung nicht ordnungsgemäß (Ölabstreifung bzw. Kolbenringe verschlissen) oder, was auch schon vorgekommen sein soll, Verschleißerscheinungen an der Nockenwelle). Es kommt hier auf die technischen Einzelheiten weniger an als auf die Tatsache, daß geistige Kurzschlüsse genau so falsch sind wie elektro-technische, die Folgen sind nur nicht so offenbar.

Es ist menschlich verständlich, wenn zuerst die technische Erneuerung infrage gestellt wird, wenn diese nicht so funktioniert, wie angegeben und zwar im Widerspruch zu herkömmlichen Ansichten behauptet; ein sicheres Urteil läßt sich jedoch noch nicht ableiten. An einem Auto kann vieles nicht einwandfrei funktionieren. Das Baur-Zünd-System ist kein Wundermittel gegen alle Mängel,

---

Eine Rehabilitation, die eigentlich keine sein sollte

in der **WISO-Sendung des ZDF** am Dienstag, dem 5.2.1985 wurden endlich für die Öffentlichkeit die Aussagen von **Dipl. Ing. Baur** über die Wirkung seines Systems voll bestätigt. Das Baur-Zündsystem ist in der Lage, das Fahrverhalten des Wagens wesentlich zu verbessern – damit eine Schonung des Motors zu bewirken, weiter wurde nachgewiesen, daß die CO-Werte und ebenso die HC-Werte drastisch reduziert werden. Um diese Abgase ging es. Was anschließend über die Stickoxide (NO_x) gesagt wurde, ist sicher einer weiteren Nachprüfung wert, aber zunächst für die Beurteilung des Baur-Systems außer acht zu lassen, da die NO_x-Werte weder beim TÜV noch bei herkömmlichen Werkstätten und schon gar nicht bei der Firma Baur gemessen werden können. Dies ist nach Aussage aller befragten Fachleute eine äußerst komplizierte und kostspielige Messung, die in der Bundesrepublik nur an 2-3 Stellen vorgenommen werden kann. Zu diesen Werten ist also von Herrn Baur und allen Befürwortern seines Systems bisher keine Aussage gemacht worden.

In jedem Fall ist die Warnung vor dem Baur-System unbegründet und die Ausgabe von DM 350,– bis 400,– auch nach den Ergebnissen, die im ZDF vorgestellt wurden, voll gerechtfertigt.

Dipl. Ing. Völkel von dem **Katalysatorenhersteller Degussa** bestätigte auf Anfragen dem Redakteur der Schaumburger Zeitung, daß bei einem 80.000 Kilometertest der Degussa die Kombination Baur-Katalysator das beste Ergebnis erzielt haätte, weil durch das Baursystem dem Katalysator ein wesentlich stärker entgiftetes Gemisch zugeleitet werden konnte, wodurch die Lebensdauer des hochempfindlichen Katalysators verlängert wird.

---

sondern vermag lediglich bei einem richtig arbeitenden Motor eine bessere Verbrennung und daher bessere Ausnutzung des Treibstoffes zu erreichen, was wiederum weniger Gifte im Abgas zur Folge hat. Das ist schon viel.

Wenn ich mir eine neue Schnellkochplatte in meinen Elektroherd einbauen lasse und diese dann nach 3 Tagen nicht warm wird, dann kann die Platte tatsächlich einen Fehler haben, sie kann aber auch schludrig eingebaut worden sein, es kann auch das Zuleitungskabel zu meinem Herd defekt geworden sein, und es kann sogar der Strom abgeschaltet sein vom E-Werk, oder die Sicherung für die neue Platte zu schwach. Wer dies nicht alles gründlich untersucht, **bevor** er sich ein Urteil bildet, ist nicht ernst zu nehmen.

UHW

„Stern-Bericht".

Im Nachfolgenden bringen wir den „Stern"-Bericht im vollen Wortlaut, der sich nicht scheut, bis zur persönlichen Verunglimpfung des Ehepaares Baur zu gehen.

Es erscheint dies ein besonders krasses Beispiel, wie leichtfertig Journalisten in der Bundesrepublik zu Rufmord bis hin zur Existenzvernichtung beitragen. Bilden *Sie sich selbst ein Urteil und beteiligen Sie sich an einer* sachlichen Aufklärung.

„Null mal Null bleibt null"

Geschäftemacher versuchen mit untauglichen Mitteln für die Abgasentgiftung von Altwagen, gutgläubige Autobesitzer reinzulegen.

Empört verließen in der vorigen Woche fünf Autofahrer den Hof des Technischen Überwachungsvereins in Köln. Die Prüfingenieure hatten ihre Wagen nicht als „schadstoffarm" einstufen wollen. Die Klassifizierung ist Voraussetzung für eine Befreiung von der Kfz-Steuer, und um die zu bekommen, hatten sich die Pkw-Besitzer zuvor für immerhin rund 600 Mark zwei Geräte einbauen lassen. Die sollen, versprechen die Verkäufer, die Auspuffgase von Altautos um rund 90 Prozent entgiften. Das wäre so viel, wie der Katalysator schafft.

Doch statt die Umwelt zu entlasten, lassen der „Spin Harmonizer" und die „Baur Plasma-Zündung" vor allem die Kassen der Oldenburger „Management Interessengemeinschaft für Tachyonen-Feld-Energie" (MIT) klingeln, die beide Geräte (geschätzter Materialwert: um 10 Mark) gern in einem Brief mit goldenen Buchstaben auf dunkelblauem Briefkopf anpreist. Im Text beschreibt ein Dr. Hans A. Nieper aus Hannover, wie der Spin Harmonizer funktioniert. Die pseudowissenschaftlichen Ausführungen des Doktors überzeugen offenbar nicht nur ahnungslose Autofahrer, sondern auch seriöse Handwerker. Die MIT vertreibt ihre Geräte nämlich nur über anerkannte Fachwerkstätten für Autoelektrik. Natürlich nehmen alle an, Nieper sei Ingenieur oder Physiker. Daß er Facharzt für innere Medizin ist und schon als Wunderdoktor für Krebs von sich reden machte, ahnen sie nicht.

Als der TÜV Rheinland den Spin Harmonizer – einen Stahlmagneten in Kunststoffumhüllung, der einfach an die Benzinleitung gebunden wird – testete, blieben Verbrauch und Abgaswerte gleich, egal, ob mit oder ohne Wundergerät gemessen wurde.

Den durchschlagenden Erfolg verspricht die MIT jedoch, wenn Spin Harmonizer und Baur Plasma-Zündung zusammen eingebaut werden. Die Erfindung des bei Göttingen wohnenden Ingenieurs Heinz Baur ist schon seit 1974 bekannt. Sie wurde unter dem Namen „Kondensator-Zündung" oder „Hochstrom-Zündung" verkauft. Ihr gegenüber herkömmlichen Zündanlagen wesentlich kräftigerer Funken soll eine bessere Verbrennung auslösen und die Gifte Kohlenmonoxid (CO) und Kohlenwasserstoff (HC) im Auspuffgas um rund 90 Prozent verringern. Zudem soll der Spritverbrauch – ebenso märchenhaft – um 15 bis 25 Prozent sinken.

Auch die Zauber-Zündung wurde vom TÜV untersucht. Ergebnis: Mit ihr lief ein Audi-80-Motor nicht umweltfreundlicher und sparsamer als ohne sie.

Kommentar eines Prüfungsingenieurs zu Spin Harmonizer und Plasma-Zündung: „Zwei Geräte, die jedes für sich wirkungslos sind, können auch zusammen nichts bringen. Denn null mal null bleibt null."

Baur hat mittlerweile einen besonders interessierten Kundenkreis ausgemacht: die Mitglieder des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). Bei regionalen BUND-Veranstaltungen halten Baur, seine Frau oder Außendienstmitarbeiter Vorträge, in denen sie den Zuhörern vorgaukeln, durch die Plasma-Zündung sei die Katalysator-Technik bereits überholt.

Bei Fragen nach Meßergebnissen zitiert Baur eine Abgasuntersuchung auf dem Prüfstand der angesehenen Meßgeräte-Firma Pierburg in Neuss. Dabei, so Frau Baur zum STERN, wurden die Katalysatorwerte erheblich unterboten.

Eine Anfrage bei Pierburg deckte den Schwindel auf. Gemessen wurde dort ein Peugot 505 mit Plasma-Zündung. CO- und HC-Ausstoß waren rund viermal höher, als sie für Katalysator-Autos sein dürfen. Die als besonders schädlich geltenden Stickoxide (NO_x) lagen fast um das Doppelte über dem Grenzwert. Bei Pierburg denkt man zur Zeit über gerichtliche Schritte gegen Baur nach.

Die Abteilung 631 beim Bayerischen Landeskriminalamt, zuständig für Wirtschaftskriminalität, hat sich schon mit der Baur-Zündung befaßt und ihre Erkenntnisse an die Kollegen in Niedersachsen, die für Ermittlungen gegen die MIT und Baur zuständig wären, weitergegeben.

Peter Behse
Stern, 24.1.85, Seite 137 f

Früjahrstagung in Rotenburg

Die Norddeutschen Landesverbände des WSL-D laden für Sonntag, den 31. März 1985 gemeinsam mit der Firma E.O. Cohrs in die Festhalle der Waldorfschule Ottersberg ein zu einer Veranstaltung

Zur Rettung des Waldes.

Nach einer musikalischen Einleitung mit Werken von Bach soll in zwei Beiträgen berichtet werden über biologisch-dynamische Hilfen unter Berücksichtigung kosmischer Rhythmen von **Georg Wilhelm Schmidt.** Nach jedem Beitrag ist Gelegenheit zur Aussprache gegeben.

Beginn 10.00 Uhr – Ende 17.00 Uhr.

Genauere Angaben finden Sie in den LSI März 1985.

Aus drucktechnischen Gründen Anzeigeneinsendeschluß
am 25. des Monats

LV Niedersachsen

Mitgliederversammlung

Liebe Freunde!
Unsere Mitgliederversammlung findet am Samstag, dem 23.3.1985, um 10.00 Uhr im Gästehaus Gesundbrunnen in Northeim statt. Wir laden Sie dazu herzlich ein! Niedersachsen ist ein weiträumiges Bundesland und daher haben wir diesmal Süd-Niedersachsen ausgewählt, damit die Mitglieder aus diesem Raum nicht so weite Anfahrtwege benötigen. Northeim liegt an der Bahnstrecke Hannover/Göttingen und daher sind gute Verbindungen vorhanden. Wer mit dem Pkw kommt, kann auf der B 241 in Richtung Osterode am Stadtausgang rechts, unter „Freizeitgelände Gesundbrunnen" das Gästehaus finden. Für diejenigen, die mit der Bahn fahren, empfehlen wir, eine Taxe zu nehmen.

Am Tag davor, am 22.3.1985, um 20.00 Uhr, veranstalten wir mit den „Grünen" in Hohnstedt, ca. 5 km von Northeim entfernt, in der Gaststätte Zum Handelshof, einen öffentlichen Abend unter dem Thema: Wo steht die Landwirtschaft heute und welche Alternativen gibt es? (Agrarbericht 1983/84 der Bundesregierung). Darüber werden referieren Dr. Siefert vom Arbeitskreis Ökologischer Landbau, der Landwirt Helmut Werner und Nachrücker der Grünen im Bundestag, Adolf Hoops vom Bio-Modell Düshorn u.a. – Hohnstedt liegt an der B 3 von Northeim nach Einbeck; vom Bahnhof fährt um 19.10 Uhr ein Bus dorthin. Für die Rückfahrt nach Northeim werden wir dann die Freunde mit Pkw bitten, Teilnehmer mitzunehmen. Übernachtungen sind im Gästehaus Gesundbrunnen möglich, Tel. 05551/2033. Sie können sich jedoch auch durch das Fremdenverkehrsbüro, Tel. 05551/63650, eine andere Übernachtungsmöglichkeit nachweisen lassen. – Machen Sie bitte recht viele Menschen auf diese Veranstaltung aufmerksam. –

Tagesordnung für die Mitgliederversammlung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlußfähigkeit
3. Wahl der stimmberechtigten Delegierten aus den Bezirken
4. Wahl eines Versammlungsleiters und zweier Protokollführer
5. Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
6. Bericht des Vorstandes und aktiver Mitglieder aus der Landesarbeit
7. Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüfer über die Jahresabschlüsse 1983/84
8. Entlastung des Schatzmeisters, Entlastung des übrigen Vorstandes
9. Neuwahl des Vorstandes
10. Anträge (bitte 14 Tage vorher beim 1. Vorsitzenden einreichen)
11. Wahl der Delegierten für die Hauptversammlung vom 15.-17.6.1985
12. WSL-Angelegenheiten
13. Gestaltung der Lebensschutzarbeit für die nächsten Jahre
14. Verschiedenes

Wir wünschen Ihnen eine gute Anreise und freuen uns auf Ihre Teilnahme und Mitarbeit!

Der Landesvorstand
D. Dürich
1. Vorsitzender
3300 Braunschweig, Hallestr. 59, Tel. 0531/693250

„Erster Naturschutz-Tag"

initiiert vom WSL-Kreisverband Soltau-Fallingbostel

Der im Februar 1984 gegründete Kreisverband Soltau-Fallingbostel des WSL-Landesverbandes Niedersachsen fand an dem Abend seiner Gründung einen ebenso einfachen wie gewichtigen Gedanken: Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen im genannten Landkreis, denn es geht um den Schutz des naturgegebenen Lebens. Als Sprecher des WSL-Kreisverbandes lud Dr. Wilhelm Bröking die Vorsitzenden aller „einschlägigen" Vereinigungen ein zu einem Vorgespräch über die Zusammenarbeit der im Dienst des Lebensschutzgedankens tätigen Vereine und Verbände. Bei diesem Vorgespräch zeigte sich, daß das Interesse an Zusammenarbeit, ja auch an gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen, ein gemeinsames war. Resulat von zwei weiteren Gesprächen zwischen den Vertretern von zehn Naturschutzvereinigungen war der einmütige Wille, in einer ersten gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung das Gemeinsame, den Lebensschutzgedanken, aus der Sicht aller zehn beteiligten Vereinigungen, zu bekunden. Zu diesem Ersten Kreis-Naturschutz-Tag, dem laut Titel also weitere Naturschutztage folgen werden, wurden eingeladen alle Bürgermeister und Stadt- bzw. Gemeindedirektoren im Landkreis Soltau-Fallingbostel. Der erste Kreis-Naturschutz-Tag hat am 18. Januar in der Stadthalle Walsrode stattgefunden. Beteiligt waren die zehn Vereine bzw. Verbände: Ameisen-Schutzwarte, Kreisverband Soltau-Fallingbostel, Bio-Modell, Düshorn, Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), Kreisverband Soltau-Fallingbostel, Deutscher Bund für Vogelschutz, Kreisverband Soltau-Fallingbostel, Hermann-Löns-Kreis Lüneburger Heide, Imker-Vereine, Altkreise Fallingbostel und Soltau, Initiativgruppe Lebensschutz, Walsrode, Tierschutz-Verein, Kreisverband Soltau-Fallingbostel, Versuchs- und Beratungsring Ökologischer Landbau, Weltbund zum Schutze des Lebens, Kreisverband Soltau-Fallingbostel. Grußworte sprachen Oberkreisdirektor Klaus Schumacher und der Stellvertretende Bürgermeister Walsrodes Dr. med. Robert Kuhlmann. Beide begrüßten die Initiative, den Natur- und Lebensschutzgedanken aus der Perspektive vieler verwandter Vereinigungen in das öffentliche Bewußtsein zu rücken. – Umrahmt wurde diese Gemeinschaftsveranstaltung von Liedern eines großen gemischten Chores und Tänzen einer Volkstanzgruppe.

Wie stark das Problembewußtsein vieler Bürger, Frauen und Männer, Jungen und Alten durch die in der Presse und auf Plakaten angekündigte Veranstaltung getroffen wurde, zeigte der gute Besuch. Die Presse sprach von „rund 200 Teilnehmern, die sich trotz Schnee und Eis in der Walsroder Stadthalle eingefunden hatten." Der Rundfunk (NDR 1) brachte am 17.1., 11.20 Uhr ein Interview mit dem WSL-Initiator. Die Zeitschrift „Niedersachsen" des Niedersächsischen Heimatbundes wird in der April-Nummer über die Veranstaltung berichten. Das Echo der örtlichen Presse war stark. Die Verden-Aller-Zeitung berichtete unter der Schlagzeile: „Der erste Naturschutz-Tag soll nicht der letzte sein", die Soltauer „Böhme-Zeitung" unter der Überschrift: „Naturschutz-Tag: Lob und Bitte an den Landkreis." Die „Walsroder Zeitung" traf mit ihrem Titel: „Erster Kreisnaturschutz-Tag: Zu retten was noch zu retten ist" Intention und Sinn der Veranstaltung in der Mitte.

WSL Hamburg

Hiermit lade ich Sie herzlich zur Jahreshauptversammlung des WSL Hamburg ein.

Sie findet statt am Donnerstag, dem 28.3.1985 um 19.30 Uhr in Hamburg, Haus Eimsbüttel am Doormannsweg.

Die Tagesordnung besteht aus folgenden Punkten:

1. Begrüßung
2. Wahl des Tagungsleiters
3. Wahlen des Protokollführers
4. a) Rechenschaftsbericht
   b) Finanzbericht
   c) Bericht über die Atom-Prozesse
5. Aussprache
6. Entlastung des Vorstandes
7. Vorstandswahlen
8, Verschiedenes.

M. Matthiesen

Revisionsverhandlung Krümmel

Bericht über die Revisionsverhandlung Atomkraftwerk Krümmel vor dem Bundesverwaltungsgericht am 13. Dezember 1984

Ich nahm als Zuhörer an der Verhandlung teil; leider traf ich verspätet ein, so daß ich erst ab Beendigung des Plädoyers Herrn **Dr. Sojkas** der Verhandlung folgen konnte.

Ich möchte mich bei meiner Darstellung auf dasjenige beschränken, was aus der beigefügten Niederschrift des Gerichts nicht hervorgeht, das mir aber typisch für die Behandlung des Streitfalls zu sein scheint.

Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die sogenannte „Konzeptgenehmigung", Inhalt der 2. Teilgenehmigung, die von unseren WSL-Klägern angefochten worden war.

Es stellte sich interessanterweise heraus, daß diese Konzeptgenehmigung im Atomgesetz nicht vorgesehen ist, und daß sich die hochkarätigen Juristen nur schwer nach langer Diskussion über die Eigenschaften einer Konzeptgenehmigung einig werden konnten.

Die Beklagten und Beigeladenen vertraten die Auffassung, daß die Konzeptgenehmigung mit jeder weiteren Teilgenehmigung an Substanz verliert, bis sie sich mit der letzten Teilgenehmigung sozusagen in Luft aufgelöst hat. Sie vertraten die Auffassung, daß diese nunmehr nicht mehr relevante Konzeptgenehmigung kein Gegenstand des Rechtsstreites mehr sei, und somit könne die Klage abgewiesen werden. Die Kläger hätten nach Meinung der Beklagten und Beigeladenen jede nachfolgende Teilgenehmigung einzeln zum Gegenstand entsprechend vieler Klagen machen sollen.

Diesen Argumenten vermochte das Gericht nicht zu folgen. Einerseits könne sich eine Klage nicht einfach in Luft auflösen, denn dann bliebe das Rechtsinteresse auf der Strecke, andererseits sei es für den Kläger unzumutbar, gegen jede Teilgenehmigung einzeln vor Gericht zu gehen, das sei schon von den Kosten her nicht möglich, es käme einem Abschneiden des Rechtsweges gleich.

Es folgte dann eine lange Diskussion über die Bindungswirkung einer Konzeptgenehmigung. Dieses war für die Beklagten und die Beigeladenen von besonderem Interesse, denn im Hintergrund stand die Frage, wer von diesen beiden Seiten für die Kosten für die beanstandeten Klappen eintreten muß.

Nach langem hin und her tat der Vorsitzende des Gerichts, Herr **Prof. Dr. Sendler**, den außerordentlich bemerkenswerten Ausspruch:

> **„Was wir jetzt machen, ist tatsächlich keine Rechtssprechung, sondern ein Rechtsgespräch, um erst einmal die Grundlagen der Rechtsprechung zu finden."**

Es fiel dann noch der Satz:

> **„Wo kommt die Konzeptgenehmigung her? Es ward ein Ei gelegt, wird begackert, doch es könnte ein Kuckucksei sein. Die Konzeptgenehmigung hat keine Grundlage im Gesetz. Sie ist eine Kreation der Genehmigungsbehörde"**

„Und nicht nur von ihr, sondern auch des Betreibers", ruft der Vorsitzende dazwischen.

„Jetzt sieht sie aus wie eine Angstklausel der Genehmigungsbehörde", fährt ein Vertreter der Betreiber fort.

Der ganze Inhalt der mehrstündigen Diskussion kann hier nicht wiedergegeben werden. Sie zeigte aber, wie sehr der Antrag **Dr. Sojkas**, den Streitfall an das Bundesverfassungsgericht zu überweisen, berechtigt war.

Er stellte weiterhin den Antrag „wenn schon die vielen hier versammelten hochkarätigen Juristen in stundenlanger Diskussion nicht einig werden können, um wieviel schwerer habe es der einfache Bürger mit dieser Materie. Das Gericht möge die Konzeptgenehmigung aufheben und veranlassen, daß von der Genehmigungsbehörde eine neue formuliert werde, die jedermann verständlich sei und keine Zweifel offen lasse."

Auch der Kläger **Friis** meldet sich zu Wort, für den das hochgelehrte Rechtsgespräch völlig an seinem (und unserem!) Anliegen vorbeiging, und verlas gut vorbereitet noch einmal alle seine schweren Bedenken gegen die Atomenergie, doch das interessierte das Gericht offensichtlich garnicht. Schließlich entzog man ihm das Wort. Unbeeindruckt sprach er weiter. „Hier rede ich jetzt, Herr Präsident!" Der Vorsitzende gab auf und ließ ihn geduldig gewähren, auch als Herr **Friis** schließlich in Hosenträgern vor den Richtertisch sprang und seine Papiere Seite um Seite den Richtern übergab. Es war eine Szene wie in einem Volksschwank.

Über die Entscheidung, die im Januar getroffen wurde, erfuhr man bisher nur aus der Presse, daß die Konzeptgenehmigung aufgehoben sein soll und daß der Rechtsstreit an das Oberverwaltungsgericht Lüneburg zurückverwiesen sein soll. Schriftliches vom Gericht liegt auf unserer Seite bisher nicht vor. Die Gegenrevision unseres Klägers soll verworfen worden sein.

Arthur Riegel

Der WSL Hamburg hat an Kostenerstattung für die Einzelkläger, zu deren Kostenübernahme sich seinerzeit der Landesverband verpflichtet hatte, inzwischen 10.582,50 DM (für 1984) gezahlt. Es ist dankeswert, daß die Mitglieder nach dem durch den alten Vorstand verursachten Finanzchaos diesen Betrag zusätzlich durch Spenden aufbrachten. Der WSL Bundesverband, der beim Landesverband 14.000,– DM Außenstände hatte, hat daher für den Landesverband eine Sonderregelung getroffen, so daß der neue Schatzmeister unbelastet an die weitere Arbeit gehen kann.

Der gesamte Text der Studie, die dem nachfolgenden Bericht zugrundeliegt, kann in der Bundesgeschäftsstelle gegen Unkostenerstattung angefordert werden.

Einige Gebiete der Tschechoslowakei sind bereits unbewohnbar

Sterbende Wälder, vergiftetes Wasser, erodierende Böden, kranke Menschen und noch nicht abzusehende Erbschäden – das ist die Bilanz einer Analyse der ökologischen Situation der Tschechoslowakei, die von einem Wissenschaftlerteam der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften im Auftrag der Prager Regierung als Geheimbericht erarbeitet und durch die Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" dem Westen zugänglich gemacht wurde. Das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien" in Köln veröffentlichte in seiner jüngsten Publikation die erste vollständige Übersetzung des Berichts.

Die Zerstörung der Tschechoslowakei, so das Fazit des Berichts, hat solche Ausmaße angenommen, daß einzelne Gebiete unbewohnbar geworden sind. Aus Westböhmen beispielsweise sind die Menschen bereits ins Landesinnere geflohen, so daß sich wegen des Mangels an Arbeitskräften auch die Industrie nicht mehr halten konnte. So ergibt sich hier wenigstens langfristig die Möglichkeit, daß die Landschaft sich wieder „erholt". Eine andere Möglichkeit, etwa durch Änderung der Industriestruktur oder des Wirtschaftssystems, das an Stelle des bisherigen hemmungslosen Raubbaus an der Natur einen pfleglichen Umgang mit Boden, Luft und Wasser setzt, sehen die Autoren nicht. Denn obwohl die ökologischen Schäden in der Publizistik des Landes offen angesprochen werden und sich jeder vom Sterben der Wälder, der nachlassenden Fruchtbarkeit der Böden und dem hohen Krankenstand der Bevölkerung als Folge der schlechten Lebensbedingungen überzeugen kann, sieht sich die „sozialistische" Planung und Wirtschaft außerstande, auch nur die einfachsten Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Ausgangspunkt der Umweltprobleme ist das der Tschechoslowakei nach dem Kriege aufgezwungene „Eisenkonzept", die Konzentration auf die Schwerindustrie, obwohl das Land keinerlei Voraussetzungen, weder Eisen noch brauchbare Kohle, noch qualifizierte Arbeiter dazu hatte.

So muß die Industrie das Eisen einführen, schweflige Braunkohle verfeuern und das ohnehin knappe Wasser für die Industrie verbrauchen. Seitdem große Teile der Wälder abgestorben sind, der Humusgehalt der landwirtschaftlich genutzten Böden abgenommen hat und das Wasser nicht mehr versickert, sondern oberirdisch abfließt, wird schon für die nahe Zukunft ein großer Wassernotstand vorausgesagt.

Schon jetzt gibt es nur 2000 Kubikmeter Wasser pro Jahr pro Kopf der Bevölkerung – im europäischen Durchschnitt sind es 5000 Kubikmeter. Die Schwerindustrie verschlingt jedoch Riesenmengen von Wasser, die der Bevölkerung fehlen. Da es kaum Strafen für Wasserverschmutzer gibt und das Umweltbewußtsein der staatlich gelenkten Industrie gegen Null tendiert, treten immer wieder periodische Verschmutzungen des Wassers auf, das ungefiltert die Fabriken verläßt. Theoretisch versuchte das Wasserwirtschaftsgesetz von 1973 diesem Treiben Einhalt zu gebieten, da aber kaum einem Betrieb eine Ausnahmegenehmigung vorenthalten wird, hat das Gesetz in der Praxis nichts bewirkt. Nicht nur Industriebetriebe, auch viele Großstädte, darunter Prag, die 25 Bezirkshauptstädte und fast alle Neubaugebiete leiteten ihre Abwässer ungeklärt in die Flüsse.

Hinzu kommt die Verschmutzung durch die Überdüngung der Äcker mit Nitraten und die unbekümmerte Verwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft. Der Urananbau in Böhmen und die Kernkraftwerke sorgten für eine Anreicherung des Wassers mit radioaktiven Stoffen. Diese Verseuchung des Oberflächenwassers, das auch in den ehemals waldreichen Gebieten als biologisch tot gilt, macht sich in der CSSR schon deshalb so nachteilig bemerkbar, weil das Land wegen seiner geologischen Struktur nur wenig auf Quell- und Grundwasser zurückgreifen kann. Seitdem die Wälder dahinsterben, versikkert auch immer weniger Wasser im Boden, so daß große Wassergewinnungsgebiete ausfallen. Der Bericht spricht von einer „ganzen Reihe toxischer, eventuell karzinogener und mutagener Stoffe", die in das Trinkwasser und über die Nahrungskette in den Körper gelangten.

Um die bevorstehende Wasserkalamität abzuwehren, müßten „gewaltige Investionen" für Rückhaltebecken und Transportsysteme getätigt werden. Das werde aber „mit allergrößter Wahrscheinlichkeit" nicht geschehen, heißt es in dem Bericht, so daß er „katastrophale Folgen für die gesamte Gesellschaft" voraussieht. Bei einer längeren Dürreperiode könne sich die Situation schon jetzt rasch verschärfen. Bereits 1982 mußte das Wasser in vielen Gebieten rationiert werden.

Als gravierend wird auch der Zustand des über 100 Jahre alten Wasserleitungsnetzes bezeichnet. Bis zu 40 Prozent des Wassers gehen in dem brüchigen Netz spurlos verloren.

Auch die immer häufiger auftretenden Überschwemmungen und die Erosion wird auf die Umweltverschmutzung zurückgeführt. Da die abgestorbenen Wälder und die durch die überschweren Maschinen verdichteten Äcker das Regenwasser nicht mehr richtig aufsaugen, fließt es oberirdisch ab, reißt die Ackerkrume mit, zerstört Uferböschungen und verstopft mit dem mitgeschwemmten Erdreich die Wasserrückhaltebecken. Selbst die Kohlegruben in Nordböhmen seien vor den Wassermassen, die jedes Jahr im Frühling und nach jedem stärkeren Regenfall auftreten, nicht mehr sicher, vermerkt der Bericht.

Nach den Wäldern – selbst die schönen großen Nationalparks in Böhmen und Mähren gelten als zu drei Viertel zerstört, der Rest als „wesentlich geschädigt" – und den Gewässern stellt der Akademiebericht auch dem Zustand der Landwirtschaft ein schlechtes Zeugnis aus. Der hohe Düngemitteleinsatz verunreinige nicht nur das Grundwasser, sondern verschlechtere auch die Böden, so daß weit über 100.000 Hecktar Ackerfläche wegen Unfruchtbarkeit bereits aus dem Produktionsprozeß herausgenommen werden mußten. Auch in den Ställen sieht es nach Feststellung der Autoren nicht viel besser aus: die Sterblichkeit unter den Kälbern sei „enorm hoch", das Fleisch minderwertig, nicht mal Käse könne man von der Milch machen.

Die Verseuchung der Landschaft hat auch das Niederwild vertrieben: Wachteln, Rebhühner, Fasane und Hasen seien kaum noch aufzutreiben, schreiben die Wissenschaftler, die Pestizide haben auch ihnen den Garaus gemacht.

Die Folgen für die Gesundheit der kommenden Generationen lassen sich unschwer ausmalen. Der Bericht hält auch hier mit düsteren Prognosen nicht hinter dem Berg. Die Folgen der fortschreitenden Vergiftung von Luft, Wasser und Boden bekomme erst die junge Generation voll zu spüren, wegen der kumulativen Wirkung von Giftstoffen wahrscheinlich erst kommende Generationen. Obwohl die Säuglingssterblichkeit, bzw. der Krankenstand von Säuglingen in den Industriegebieten Nordböhmens erheblich über dem Landesdurchschnitt liege, der Anteil der Geisteskranken gar um 120 Prozent höher als in Böhmen und Mähren, wirke sich die eigentliche Schädigung der Säuglinge erst im Erwachsenenalter aus. Das „genitische Risiko" für kommende Generationen steige laufend an. „Man kan die Entstehung von kaum wiedergutzumachenden Störungen in den nächsten Generationen nicht ausschließen", heißt es düster im letzten Satz des Berichtes.

Hans-Anton Papendieck

Pershing II

Am 11. Januar 1985 ereignete sich das erste Unglück mit einer Pershing II Rakete auf deutschem Boden. Auf dem amerikanischen Militär-Gelände Waldheide bei Heilbronn entzündete sich der Treibstoff einer zehn Meter langen und 7200 Kilo schweren Pershing II Rakete. Wie es wirklich zu dem Unglück kam, ist noch unklar. Vielleicht wird die wirkliche Wahrheit verschwiegen. Zuerst wurde berichtet, daß die amerikanischen Soldaten bei der Rakete ein Feuer anzündeten, um sich bei der bitteren Kälte zu wärmen. Als dann ein Soldat Benzin auf das Feuer schüttete, erfaßte eine Stichflamme die Zeltplane, mit der die Rakete abgedeckt war. Durch die Hitze entzündete sich der Treibstoff. Später wurde berichtet, daß bei einer Übung das Raketentriebwerk beim Zusammenbruch des Entladekrans heruntergefallen ist, wodurch sich der feste Treibstoff entzündete. Mit einem Atomsprengsatz soll die Rakete nicht bestückt gewesen sein. Zwei verschiedene Darstellungen, die nicht geheuer sind. Die ganze Sache wird nun dadurch noch geheimnisvoller, daß wenige Tage nach dem Unglück sich der US-Brigadegeneral Bobby Robinson erschoß. Robinson sei Vizechef der Abteilung für chemische und nukleare Kriegsführung gewesen, erklärte das US-Verteidigungsministerium. Mit der Pershing II Stationierung habe er nichts zu tun gehabt. Bei dem Unglück verbrannten drei amerikanische Soldaten und zehn wurden schwer verletzt. Nach dem mysteriösen Unglück muß an der Zuverlässigkeit der Pershing II gezweifelt werden. Außerdem ist bekannt, daß schon der erste Probeflug in USA im Juli 1982 nur 17 Sekunden dauerte, dann explodierte die Rakete auf dem Testgelände Cap Canaveral. Auch der zweite Versuch scheiterte damals. Insgesamt sollen 21 Testflüge erprobt sein, wovon sechs scheiterten. Unter diesen Umständen ist die Aufstellung der Pershing II auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zu verantworten.

Wenn nun noch Mc Namara, der frühere Verteidigungsminister der USA, daran zweifelt, daß die Pershing II militärischen Nutzen hat, da die Nato genügend Atomraketen besitze, die zur nuklearen Abschreckung gegenüber der UdSSR genügen, fragt man sich, warum der unnütze Aufwand zur Aufstellung der strategisch zu leicht verwundbaren Pershing II getrieben wird. Mc Namara meinte auch, die Pershing II sollte nur aufgestellt werden, wenn es die Europäer wollten. In Belgien ist die Aufstellung noch umstritten. In der Bundesrepublik hat sich aber eine Mehrheit für die Aufstellung der Pershing II durchgesetzt. Einige Zeitschriften veröffentlichten sogar die genauen Standorte. Bestimmt haben die Russen schon ihre SS-20 Raketen auf diese Ziele eingerichtet. Die Bundesregierung besitzt keine Verfügungsgewalt über den Einsatz der Pershing II, desgleichen nicht über den Einsatz von Atomwaffen, die in der Bundesrepublik lagern. Wenn vonseiten der Bundesregierung behauptet wird, sie habe ein Mitspracherecht, so steht das in den Sternen geschrieben. Im völkerrechtlichen Sinne besteht noch ein gewisses Besatzungsrecht, denn mit den Nato-Partnern, die gegen uns den zweiten Weltkrieg führten, haben wir immer noch keinen Friedensvertrag abgeschlossen. Somit können die Amerikaner und die Briten nach eigenen Ermessen über die Aufstellung und den evtl. Einsatz der Pershing II entscheiden, wie auch über alle anderen atomaren Waffensysteme. Die Pershing II hat eine Reichweite von 1800 Km, benötigt zum Anflug in die Zielgebiete rund sechs Minuten. Jede Vorwarnung für den Gegner ist praktisch fast unmöglich, daher ist die Pershing II eine hochbrisante Angriffswaffe. Das Aufmarschgebiet der Sowjets im westlichen Osten könnte also empfindlich mit der Pershing II bedroht werden. Als Gegenwaffe besitzen die Sowjets ihre SS-20 Raketen, die nicht so leicht zerstört werden können, da sie weit-

Fortsetzung folgt

Neue Seminare im COLLEGIUM HUMANUM

Ergänzung zum Halbjahresplan 85/I

29.-31. März

Schöpfungsmythen – gestern und heute / mit **Christine Cologna**

22.-27. April

Frühjahrsmusikwoche / mit **Sigrid Meis**

10.-12. Mai

Angewandte Geomantie – Wie wir heute Landschaft und Siedlung wieder in Einklang bringen können / mit **Nigel Pennick**

18.-19. Mai

Die Rolle des Zinses – Sozialökonomisches Seminar / mit **Ekkehard Lindner**

28.-30. Juni

Sprich, damit ich Dich sehe – Atemerlebnis, Tönende Atmung, Erlebte Sprache, Körpersprache, Sprach-Diagnostik, Persönlichkeitsentfaltung / mit Dipl.-Therapeutin **Marianne Liepe-Boening**

18. Juni - 2. August

Selbsterfahrung im naturgemäßen Land- und Gartenbau – Einführungskurs

Wir möchten besonders hinweisen auf die **Möglichkeit, in den Sommerferien von NRW an einem sechswöchigen Praktikantenkurs teilzunehmen.** Es soll hier jungen Menschen die Möglichkeit der Selbsterfahrung im praktischen Tun gegeben werden. Dazu gehört auch Melken, Umgang mit Hühnern und Verarbeiten von selbstangebauten Produkten.

Dazu soll dann in theoretischer Untermauerung das Verständnis für den ökol. Land- und Gartenbau vertieft werden.

Unkostenbeitrag für Unterkunft und Verpflegung DM 50,– pro Woche, zuzüglich einmalige Kursgebühr DM 50,– für 6 Wochen also insgesamt DM 350,–.

Rechtzeitige Anmeldung unbedingt erforderlich.

Gesundheit und Erholung

– AUSLAND –

PENSION VIGILIA

Haus der individuellen Gastlichkeit

Sehr gute Erholung im Winter; viel Sonne und Schnee; Schiwandern und Alpinschilauf; Vollwerternährung. Schöne Zimmer, Appartements, Waldhäuschen.

A-6380-St. Johann/Tirol · Lederergasse 3
Tel. aus der BRD: 0043/5352/2256

– INLAND –

Kur Hickethier

die große Erholung auch für Nerven und Augen

Veg. Erholungsheim L. Depke
5421 Kemmenau, Telefon 0 26 03 / 21 41.

20 Jahre Kneipp-Sanatorium v. Thümen/Teutoburger Wald

Ärztl. gel. biologische Erneuerungskuren, bes. b. Schilddrüsen-, Wirbels.-Erkr., Arthrosen, Rheuma, Herz/Kreislauf, Galle, Leber, Bronchien, Schlafstör., Erschöpfung, Migräne, Krampfadern, off. Beinen, Diabetes, Krebsvor- u. nachbeh., Heildiät, Lymphdrainage, Dauerbrause, künstl. Ther., Sauerstoff-Mehrschr.-Ther. nach Prof. v. Ardenne. Pauschalkur ab DM 1.500,–. Beihilfefähig. Praktische Kurse und geisteswissenschaftliche Vorträge, Wochenendfestabende. Kein Extra-Kurzuschlag.

4930 Detmold 17 (Kneipp-Kurort Hiddesen), Tel. 0 52 31 / 8 85 35 + 8 91 79

Geschäftliche Empfehlungen

ZAUNKÖNIG NATURWARENVERSAND

Verwirklichen Sie Ihre guten Vorsätze
in puncto Umweltschutz
im neuen Jahr 1985
Der „Zaunkönig" hilft Ihnen dabei:
mit umweltfreundlichen Produkten für
Haus, Hof und Garten und das eigene Wohlbefinden
Katalog „LSI" gegen Rückporto DM 1,10

Zaunkönig Naturwaren Im Pählen 6a 4700 Hamm 1

Schönwetterfeld mit Klimaleuchten oder einem Bio-Raum Ionisator T 180 Super
—positiv und negativ —

für biologisch gesundes Wohnklima, Erhaltung der Leistungsfähigkeit und der Vitalität. Eine Hilfe gegen die „Hauskrankheiten". Der Klimafaktor „Luftelektrizität" bestimmt unser Wohlbefinden. In- und ausländische Patente

Hersteller: **Alfred Hornig**
Bio-Med-Elektronic — Raumluft-Technik — **D-8991 Achberg b. Lindau/Bodensee, Am Königsbühl 25, Tel.(0 83 80) 558**

Naturtextilien Schmuck Mineralien

Verl. Sie bitte unseren **Versandkatalog**

neuman

CH-4143 Dornach (Schweiz)
Herzentalstr. 40, Tel. 061/723826
Versand auch ins Ausland!



WOLLE UND SEIDE –
Gesundheit die man anziehen kann.

Für Damen und Herren, Babys und Kinder.
Fordern Sie unseren reichhaltigen Farbkatalog an.
Sie erhalten ihn kostenlos und unverbindlich.

Aßmus

Rolf und Ursula Aßmus
Forststraße 35 · Postfach 30
D-7121 Ingersheim 1
Telefon (0 71 42) 69 04 + 69 20



INSTITUTION GANYMED D-6000 FRANKFURT/M-90
Ruf 069/784754 + 783970 · Niddagaustraße 18

Wir sind eine Familie, nehmen herzlich auf, geben viele Lebenstips, musische Einlagen und weiterhin allerlei Anregungen und Aktivitäten, bei: erstklassiger Vollwertkost (vegetarisch) und kein Nikotin!

1.3.-9.3. **ENTGIFTUNGS- und ROHKOSTKUR Edersee.**

9.3.-15.3. **ATEMKUR,** 28.3.-3.4. **NATÜRLICHE AUGENSTÄRKUNG,** 17.-23.5. **FUSSZONEREFLEXMASSAGE,** alle mit **Cornelius van Ommeren, Haus auf der Wacht,** Irndorf/Beuron.

16.3.-30.3. und 30.3.-13.4. (Ostern) **SKIFREIZEIT ENGELBERG/SCHWEIZ** mit den **besten** Möglichkeiten, **auch** ohne Ski, für Jung **und** Alt. Viele **gute** Vorträge und **wertvolle** Abende. Schweizerhof **allein** für Ganymed.

5.4.-8.4. **OSTERFREIZEIT 'EXTERNSTEINE'** Horn-B. M.

27.-28.4. **VOLKSTANZ-LEHRGANG und TREFFEN** Pfullingen.

25.5.-8.6. **VOLKSTANZ (SQUAREDANCE) und WANDER-FREIZEIT** im **lieblichen** Mühlviertel (Österr.).

22.6.-9.7. **GROSSE DOLOMITEN-WANDERUNG mit Eingewöhnung.**

6.-27.7. **BERGWANDER-FREIZEIT MARIAZELL/**Österr.

22.-29.7. **EINZIGARTIGE GESUNDHEITSTAGE** Lüneburger Heide.

12.-29.8. **BESONDERE SENIOREN-FREIZEIT** am **Edersee.**

19.8.-7.9. **ERHOLUNGSFREIZEIT INSEL ISCHIA.**

19.8.-30.9. **FRÜCHTE- UND BADE-FREIZEIT INSEL KRK.**

– Betr. Merkblatt unverbindlich zusenden lassen! –



Abdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2130 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 20,– DM einschl. 6,5% MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe + Hölscher-Druck · Buch- + Offsetdruck · Lange Straße 94 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/5010

Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.